

Magdeburg.

Zwanzig Jahre sind vergangen, seit zum erstenmal nach dem Fall des Sozialistengesetzes die deutsche Sozialdemokratie offen und frei ihren Parteitag abhalten konnte. Zwanzig Jahre eines gewaltigen Fortschritts, einer zieligen Zunahme an innerer und äußerer Kraft, an Einsicht, an Organisation, an Klassenbewusstsein. Zwanzig Jahre auch gewaltiger kapitalistischer Entwicklung, die die materielle Grundlage der proletarischen Entwicklung bildet. Denn es ist der Sturmwind des Kapitalismus, der uns Segel schwellen läßt und unser Schiff vorwärts treibt; wo sein frischer Hauch fehlt, wo die ökonomische Entwicklung stagniert, da kommt auch die Arbeiterklasse nur mühsam weiter.

Die heutige politische Atmosphäre läßt unwillkürlich die Gedanken auf jene Zeit — oder eigentlich noch etwas weiter — zurückweisen. Damals war das reaktionäre Gewaltregiment Bismarks zusammengebrochen, die Wahlen von 1890 hatten es weggefegt. Jetzt wird, obgleich wir noch ein Jahr von den Wahlen entfernt sind, ein ähnlicher Zusammenbruch der Reichspolitik erwartet; jetzt ist wieder die Sozialdemokratie mit Siegeszuversicht erfüllt; ihr wird die Frucht ihres rücksichtslosen Kampfes gegen die ganze bürgerliche Welt während zwei Jahren in den Schoß fallen.

Allerdings muß trotz der äußeren Ähnlichkeit der Lage eine große Verschiedenheit festgestellt werden — und beide, Verschiedenheit wie Ähnlichkeit, bergen wichtige Lehren in sich. Der Kapitalismus ist damals nicht gefallen, sondern hat sich mächtiger und gewaltiger wieder erhoben; so wird es jetzt auch gehen. Über der Kapitalismus ist heute nicht mehr, was er vor zwanzig Jahren war; die kapitalistische Welt hat sich bedeutend umgewandelt und auch die Sozialdemokratie ist eine andre, eine neue Macht, zwar mit der alten Gesinnung, aber mit neuen Möglichkeiten und Machtmitteln geworden.

Die Signatur des deutschen Kapitalismus während der beiden letzten Jahrzehnte war die Weltpolitik. Der Übergang zum Schutzzoll, zugleich mit der Knebelung des Proletariats, brachte von selbst die Weltpolitik mit sich, die dann erst ein Jahrzehnt später, vor allem auch durch den Wechsel der obersten Regierungsperson, bewußt hervortrat und seitdem die deutsche Politik bestimmte.

Die Politik des hochentwickelten Großkapitalismus, namentlich wie er sich unter deutschen Verhältnissen entwidelt, muß notwendig Weltpolitik sein. Die Großindustrie sieht sich durch Schutzzoll ein Monopol auf dem Inlandsmarkt, und darauf als festen Boden sich stützend, kann sie daran gehen, auf dem Weltmarkt große Warenmassen abzusehen. Dort treten dem Kapitalisten fremde Kapitalisten als Konkurrenten gegenüber; da braucht er die Hilfe seiner Regierung, ihm neue Märkte zu eröffnen und ihn gegen Fremde zu schützen, die er mit seinen Waren beglücken will. Der deutsche Bourgeois wird zum Internationalisten, ohne daß deshalb sein Nationalismus weniger heiß wird. Vom Weltgroßmachtwahn berauscht, will er seinen Staat mächtig und groß sehen, gefürchtet und überall die gepanzerte Faust zeigen. Daher schwärmt er für ein starkes Heer und eine starke Flotte. Noch stärker und schärfer ausgesprochen als für den warenverlaufenden Fabrikanten ist dieses Bedürfnis nach Weltpolitik für das Anlage suchende Kapital. Das in den Banken konzentrierte Finanzkapital, mit den Rohstoffkartellen eng verbunden und an den verschiedensten exportierenden Großindustrien interessiert, ist der eigentliche Träger, die Triebkraft der Weltpolitik.

Schutzzoll, Militarismus, Kolonial- und Weltpolitik mit Reaktion im Innern bilden zusammen eine Einheit, die Politik des konzentrierten Großkapitals, das alle Vorzeile davon in die Tasche steckt. Sie schleppt aber auch die kleineren Kapitalisten mit, die sich durch den Zollschuh ihrer eigenen Produkte für ihre Ausplünderung durch die zollgeschützten Rohstoffkartelle entzündigt glauben. Sie schleppt die Masse der vom Großkapital abhängigen Existenz mit, Beamte, Intelligenz, Mittelstand, die an der Prosperität der großen Geschäfte interessiert sind. Sie alle bilden die Gefolgschaft, die sich durch die nationale Parole begeistert läßt und die Wahlen für das Großkapital macht.

Über diese Weltpolitik hat eine Kehrseite. Sie ist nur möglich auf Kosten der großen Volksmasse. Nicht nur wird der konzentrierte Kapitalismus immer mächtiger gegenüber den Arbeitern, denen er auch den kleinsten Fortschritt mit brutalen Aussperrungen erschwert, und die daher in immer höherem Maße ausgebeutet werden. Sondern es kommt hinzu, daß der Staat immer mehr zu einer Agentur dieses Großkapitals wird, zugleich Klopfescher, Auftraggeber der Industrie und Anlagenhändler für Kapitalien. Die steigenden Steuern, aus denen das alles bezahlt werden muß, bilden ein neues Mittel zur Ausbeutung der Arbeiterschaft, und treffen daneben noch alle andern Konsumenten, denen sie einen Teil ihres

Einkommens, woher es auch stammt, für die Bereicherung der schweren Industrie und für die Vergünstigung der Staatsanleihen abträgt.

So vollzieht sich an der modernen Weltpolitik im höheren Maßstab das Geschick aller kapitalistischen Politik innerhalb des herrschenden Systems die einzige mögliche und notwendige zu sein, und zugleich im Widerspruch zu den Interessen der großen Volksmassen zu stehen.

Dieser Widerspruch äußert sich in einem Wechsel der politischen Atmosphäre, der sich der Geschäftskonjunktur anschließt. Gehen die Geschäfte gut, dann braucht nur eine zugräßtige nationale Parole ausgegeben zu werden, und voll Begeisterung für die glorreiche Weltpolitik rennt die ganze bürgerliche Welt alle Opposition bis an die Grenze der festen Arbeiterarmee nieder.

So bei den Hottentottenwahlen 1907. Hinterher, wenn die Krise kommt, kommt auch der Kassenjammer; die Reaktionnist sich ein und präsentiert die Steuerrechnung. Wenn dann noch die Teuerung einbricht, schließen die enttäuschten Philister sich hausenweise der Empörung der Arbeiterschaft an, die weitesten Volkskreise werden aufgerüttelt und werfen ihre roten Stimmzettel in die Urne. Die Großkapitalistischen und junfernlichen Herrscher sehen sich einer steigenden Opposition gegenübergestellt.

Der Zusammenbruch der Weltpolitik ist die Signatur der augenblicklichen politischen Lage. Nicht in dem Sinne, daß sie jetzt vor ihrem Ende stehen würde, sondern in dem Sinne, wie wir auch in jeder ökonomischen Krise von einem Zusammenbruch des Kapitalismus reden. Die Weltpolitik selbst wird aus ihrem Zusammenbruch rückerwiderlehren. Sie ist die einzige mögliche kapitalistische Politik; sie kann nicht von einer Kleinkapitalistischen Politik alten Stils ersehen werden. Daher ist es auch ein törichter Gedanke — der Großblockgedanke —, das Proletariat könne als Schwanz der kleineren Bourgeoisie diese an die Stelle der Monopolisten und Finanzlönige in die Herrschaft sezen und damit der Reaktion ein Ende machen. Den Verlust, sie in diese Bahn zu drängen, wird die Partei entschieden zurückweisen. Das Proletariat muß die Führung der Opposition haben; die proletarische Reformpolitik des Sozialismus ist die einzige mögliche praktische Politik gegen die des Großkapitalismus.

Gegen uns stehen alle Parteien, die an Schutzzoll, Reaktion und Weltpolitik Interesse haben. Der Gedanke der angeblichen Wahlparole des Reichskanzlers, einen Regierungsbloc auf Grundlage des Schutzzolls zu bilden, ist nicht selbst unrichtig, sondern nur seine Bekanntgabe war ungeschickt. So etwas sagt man nicht vor den Wahlen, so etwas macht man nach den Wahlen. Der Schutzzoll kann nur Ziel, nicht aber Mittel und Lösung der Wahlen sein. So war es auch 1878. Nach den Wahlen, für die noch eine andre zugräßtige Parole gefucht wird, werden Junker, Zentrum und Nationalliberale sich zusammenfinden und als regierender Block im gegenseitigen Feilschen und Hadern die neuen Zölle und die neuen Steuern festsetzen. Diese Parteien, die zusammen die bleibende Herrschaft der Kapitalmagnaten jeden Schlags darstellen, werden infolge der Ungleichheit der Wahlkreise jedenfalls zusammen die Mehrheit behalten. Die Herrschaft des monopolistischen Großkapitals ist auf parlamentarischem Wege überhaupt nicht zu brechen, da sie in den wirtschaftlichen Verhältnissen selbst wurzelt. Höchstens wäre mit einem großen Wahlsieg der Sozialdemokratie eine moralische Wirkung zu erzielen, eine Einschüchterung des Schutzzollblocks, der sich dann zur Be schwichtigung der Massen zu einer zeitweiligen Herabsetzung der Agrarzölle bequemen würde.

Diese Einsicht, daß auf parlamentarischem Wege den Kapitalmagnaten nicht beizukommen ist, wird verhindern, daß die kommenden Wahlen den Parteitag ganz beherrschen. So wichtig die Organisation eines wuchtigen Volksprotests durch die Wahlurne ist, so wird er doch das Hauptgewicht auf den außerparlamentarischen Angriff auf die preußische Ungeherrschaft legen müssen. Den preußischen Wahlrechtskampf organisieren, seine Taktik beraten, ihn zu einer machtvollen Massenbewegung machen, das wird die beste Ausnutzung der politischen Lage sein.

Der Zusammenbruch der Weltpolitik bedeutet und leistet uns etwas Ähnliches, wie die ökonomischen Krisen. Er bildet eine Zeit, worin die Massen durch die Not aufgerüttelt werden, und die Politik ihnen Sozialismus einpackt, eine günstige Zeit, dem herrschenden System einen tüchtigen Stoß zu versetzen. Das bestimmt die Aufgabe des Magdeburger Parteitags. Dort wird das Proletariat darüber beraten müssen, in welcher Weise es diesen Zusammenbruch am besten für seine Machtvergrößerung ausnützen kann, so daß bei einem neuen Wechsel der Politik der dauernde Gewinn möglichst groß ist.

Die Genossenschaftsfrage vor dem Parteitag.

Nach Kopenhagen ist die Frage der Bewertung von Konsumgenossenschaften auch für die deutsche Sozialdemokratie keine Frage mehr. Die zwanzig Jahre der Entwicklung von Arbeiterkonsumgenossenschaften haben das ihre getan. Die Konsumgenossenschaft ist jetzt als Waffe im Kampf der Arbeiterklasse in die allgemeine Rüstung eingerieben. Nicht um die Bewertung der Konsumgenossenschaften kann also in Magdeburg gestritten werden. Denn ob es in der Resolution heißen wird, daß jeder Genosse die Pflicht hat, der Konsumgenossenschaft beizutreten, oder ob es heißen wird, daß es wünschenswert ist, daß jeder Genosse sich konsumgenossenschaftlich organisiert, ist ganz gleichgültig. Die Partei sieht in den Konsumgenossenschaften unter bestimmten Bedingungen eine wichtige Waffe im Klassenkampf, woraus die Pflicht für die Masse der Parteigenossen erwächst, sich konsumgenossenschaftlich zu betätigen. Dass es sich dabei um keine Schnüffelei nach Personen handeln kann, ist selbstverständlich, denn das, was für die Masse Pflicht ist, kann für eine einzelne Person bei der Mannigfaltigkeit der Konsum- und Wohnungsverhältnisse unmöglich sein.

Die Frage, die zur Diskussion in Magdeburg stehen wird, ist die vom Verhältnis zwischen den Konsumgenossenschaften und der Partei. In Kopenhagen wurde bei dem Streite um den Wert des belgischen Systems sehr viel von der Geldunterstützung der Partei durch die Konsumgenossenschaften und von der Selbstständigkeit der Genossenschaften der Partei gegenüber gesprochen. Auch diese Fragen haben unserer Meinung nach nicht die Bedeutung, die Ihnen zugeschrieben wird. Wir wissen aus der Erfahrung anderer Länder, daß ein Verhältnis, in dem die politische Parteibewegung von den andern Zweigen der Arbeiterbewegung finanziell abhängig ist, demoralisierend auf sie wirkt, indem es auf einer Seite einschläfernd auf die Opferwilligkeit der Parteigenossen einwirkt und leicht zur Ausbeutung der andern Zweige der Arbeiterbewegung führt, auf der andern Seite aber die Partei in ihren Entschlüssen zu sehr von der Bureaucratie der sie unterstützten Institutionen abhängig macht. Dazu kommt: wenn jeder Arbeiter für sich Opfer für die Partei tragen muß, so ist jedes kleinste Opfer ein Produkt eines Willensaktes, der jeden Arbeiter als eine bewußte Verkörperlichkeit mit der Partei verbindet, was bei der Unterstützung der Partei durch geschlossene gewerkschaftliche oder genossenschaftliche Organisationen nicht der Fall wäre. Wenn weiter der Genosse Elm und die andern so sehr auf die organisatorische Selbstständigkeit der Genossenschaften pochen, so rennen sie offene Türen ein: nicht nur darum, weil die politischen Verhältnisse in Deutschland eine Verbindung zwischen der Partei und den Genossenschaften, die die Selbstständigkeit der Genossenschaften aufheben würde, nicht erlauben, sondern weil eine so große Bewegung, wie sie jetzt die deutschen Arbeiterkonsumgenossenschaften bilden, Selbstständigkeit ihrer Entschlüsse haben muß. Wenn die Partei jemals Vormundschaften den Genossenschaften gegenüber zutage trug, so war dies nur die Abbildung der Tatsache, daß sich die kleinen und schwachen Genossenschaften bei jedem ihrer Schritte an die Partei um Hilfe wandten.

Was in Magdeburg die Partei von ihren in den Genossenschaften arbeitenden Mitgliedern fordern muß, ist, daß in den Konsumgenossenschaften der sozialistische Geist zur Herrschaft kommt. Es wird so viel davon gesprochen, daß doch die Mitglieder der Arbeitergenossenschaften zu drei Vierteln sozialdemokratische Arbeiter sind, daß also die Konsumgenossenschaften "von selbst" sozialistisch sind. Natürlich ist das eine Phrase, die die Tatsache verdecken soll, daß sie in Wirklichkeit nicht sozialistisch sind. Würde der Geist in den Konsumgenossenschaften sozialistisch sein, so würde man es in der konsumgenossenschaftlichen Presse spüren. Und wesentliches Kind die deutsche Genossenschaftspresse ist, davon zeugt am besten die Tatsache, daß die große Diskussion, die in der ganzen Internationale vor dem Kopenhagener Kongress über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Genossenschaften stattfand, in dieser Genossenschaftspresse fast nicht mit einem Sternenwörter erwähnt wurde. Und das hat seinen Grund darin, daß die Leiter der Konsumgenossenschaften, die zu drei Vierteln aus sozialdemokratischen Arbeitern bestehen, in den Konsumgenossenschaften keine Klassenkampforganisationen, sondern allgemeine Konsumorganisationen sehen. Dagegen muß der Parteitag Stellung nehmen, indem er es den Parteigenossen zur Pflicht macht, in den Konsumgenossenschaften, die doch zum größten Teil nichts anderes als die organisierte Arbeiterschaft sind, dem sozialistischen Geist zum Siege zu verhelfen. Es wird dabei so viel von den geistlichen Schwierigkeiten gesprochen. Mit Recht bemerkte dagegen



SONNTAG
LETZTER TAG